

*Marie-Luise Recker, England und der Donauraum 1919—1929. Probleme einer europäischen Nachkriegsordnung.*

Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976, 324 S., brosch. DM 68,— (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 3).

Diese Münsteraner Dissertation (1974) ist das Ergebnis eines dreijährigen Forschungsaufenthaltes in England. Das Thema ist anspruchsvoll gestellt, soll es doch die Beziehungen Großbritanniens zu nicht weniger als sieben europäischen Staaten beleuchten: Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Österreich, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn. Die Prämisse des Buches ist der britische Widerstand gegen die Neuauflage eines deutschen „Mitteleuropa“. Hier müßte entscheidend differenziert werden zwischen Anfang und Ende der zwanziger Jahre, auch zwischen der wirtschaftlichen und strategischen Doktrin und einer wachsenden britischen Sympathie für die Weimarer Republik, deren Früchte der deutschen Demokratie freilich nicht mehr zugute kamen. Die angedeutete Prämisse zwingt die Verfasserin zur Flucht in den Konditional.

Sehr wichtig erscheint die Feststellung, daß Großbritannien seine ökonomischen Aussichten in Ost- und Südosteuropa nach dem Ersten Weltkrieg stark überbewertete. Dem britischen Versuch — im Rahmen des alliierten Strebens sich in der bisher deutschen wirtschaftlichen Einflußsphäre zu etablieren — stand das eifrige Autarkiestreben der Nachfolgestaaten sehr hinderlich gegenüber. Bei letzterem

handelt es sich um eine Tendenz, die traditionelle Absatzmärkte verschloß und durch Zollkriege erst jene Wirkung hervorrief, die verhindert werden sollte: den neuerlichen Sog (insbesondere der Agrarstaaten) zurück in die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem exportfreudigen und landwirtschaftlich keineswegs saturierten Deutschen Reich. Berlin wurde also gerade nicht verdrängt, sondern eher eingeladen, und London verließ sich zunehmend auf wirtschaftliche Privatinitiativen. Das änderte sich erst nach 1936 — doch das geht über den Rahmen des Buches hinaus.

Weiter wird gezeigt, wie Frankreich sehr bald die solidarische Haltung innerhalb des Völkerbundes verließ und die alliierte Kooperation in Osteuropa zerstörte. Das französische Sicherheitssystem in Form bilateraler Pakte lief dem britischen Plan einer allgemeinen Zusammenarbeit zuwider und verhinderte damit eine erfolgreiche Konsolidierung des Neustaatenystems über den Hebel der wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung. Es kam zu einem Wettlauf zwischen Frankreich und Italien um die Gunst ihrer jeweiligen Klientelstaaten, an dem sich Großbritannien, mit seinen überseeischen Interessen und mit einer generellen statt einer punktuellen Lösung der leidigen Balkanprobleme im Auge, weder beteiligen wollte noch konnte. Gerade hier zeigte sich, daß Großbritannien keineswegs bereit war, seinem französischen Partner zu folgen (insbesondere seit der Ruhrkrise) und Deutschland aus dieser Neuordnung auszuklammern. Die Haltung der französischen Bündnisnehmer in Osteuropa trug zweifelsfrei dazu bei, daß in England gewissermaßen eine „Friedenspartei“ schnell an Einfluß gewann, die Deutschland als den geeigneten Partner zur Verhinderung einer weiteren „Balkanisierung“ Europas betrachtete. Eine immanente Bolschewismusfurcht überall in Westeuropa — von Politikern wie Beneš auf der Friedenskonferenz 1919 bereitwillig genährt und instrumentalisiert — kam hinzu. Die endgültige Entscheidung zugunsten einer deutschen oder einer Neustaaten-Orientierung (und hier wäre der Verfasserin zu widersprechen) konnte in London nicht fallen, solange die Entente mit Frankreich, wengleich in lockerer Form, *conditio sine qua non* der britischen Europapolitik blieb. Das lief zwangsläufig auf eine Beeinflussung der französischen Osteuropapolitik hinaus. Auf lange Sicht ging dieses Einwirken ebenso auf Kosten der französischen Bündnisse wie jener französischen Partner, die sich auf Konfrontationskurs begaben. Somit war es das unbefriedigte Sicherheitstrauma der Neustaaten wie auch Frankreichs selbst, das die Abwendung eines lediglich „interessierten und wohlmeinenden Beobachters“, wie im Buch die britische Balkanpolitik umschrieben wird, bewirken mußte. Es wird noch gezeigt, daß die britischen Diplomaten vor Ort dabei den osteuropäischen Wünschen gegenüber weit aufgeschlossener waren als die Londoner Zentrale. Doch das hat nicht zuletzt personelle Gründe.

Die Lektüre wird durch Doppelverweise etwas erschwert. Wurde die verwiesene Stelle aufgesucht, dann stellt man fest, daß erneut verwiesen worden ist. Einige Ungenauigkeiten seien noch vermerkt: eine KPTsch gab es 1919 noch nicht; sie wurde erst 1921 gegründet. Sir George Clerk und Georg Franckenstein waren Gesandte, nicht Botschafter. Ausdrücke wie „Relief-Programm“ ließen sich vermeiden; sie sind zudem zweideutig.

Die Probleme einer europäischen Nachkriegsordnung verengen sich im bespro-

chenen Buch letztlich auf eine Darstellung der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg. Das ist eine wichtige, aber zumal für den ost- und südosteuropäischen Raum nicht die einzige Komponente des alliierten Slogans, daß in Versailles zwar der Krieg gewonnen, aber der Frieden verloren wurde.

München

Reiner Franke